



Mónica Torres Rojas und Daniel Mann

Der große Versuch: Die Regierung von LIBRE in Honduras (2022–2026)

Abstract

Mit der deutlichen Wahlniederlage vom 30. November 2025 endete abrupt die Regierungszeit der Partei **Libertad y Refundación** (Libre) in Honduras, die sich der Idee eines demokratischen Sozialismus verpflichtet sieht. Hervorgegangen aus dem Widerstand gegen den Staatsstreich von 2009 und aufbauend auf dem politischen Erbe des Ex-Präsidenten Manuel Zelaya (2005–2009) versuchte die Regierung von Xiomara Castro (2022–2026), das ärmste Land Zentralamerikas durch bewährte sozial-

demokratische Investitionen in Infrastruktur und soziale Maßnahmen zu reformieren. Auch aufgrund fehlender parlamentarischer Mehrheiten konnte **Libre** jedoch nie jene strukturellen Reformen durchsetzen, die ihrer radikalen Rhetorik entsprochen hätten. Der vorliegende Artikel untersucht die Erfolge und die unerfüllten Versprechen der vergangenen vier Jahre und wagt einen Ausblick auf die Zukunft des politischen Projekts einer honduranischen Linken.

Geboren im Widerstand – gescheitert in der Regierung?

»Heute jährt sich zum vierten Mal die erste Regierungszeit der Partei **Libertad y Refundación**, der ersten Regierung einer linken Partei und der ersten Präsidentin von Honduras. [...] Heute beenden wir eine andere Regierungszeit, die aus den Straßen hervorgegangen ist, aus dem gemeinsamen Weg und dem Teilen der schwierigsten Momente in der Geschichte unseres Landes.«
– Xiomara Castro, 26. Januar 2026

Mit diesen Worten fasste Präsidentin Xiomara Castro die wesentlichen Narrative ihrer Regierung zusammen: den Bruch mit den traditionellen Machteliten – den berühmten zehn Familien, die das Land praktisch seit der Unabhängigkeit 1821 mit ihrer wirtschaftlichen Macht beherrschen – sowie das Versprechen einer strukturellen Transformation durch die Macht des Volkes. Ihr Amtsantritt im Januar 2022 bedeutete nicht nur erstmals den Aufstieg einer Frau zur Präsidentin von Honduras, sondern auch den Sieg einer Partei, die aus dem Widerstand gegen den Staatsstreich von 2009 und den folgenden zwölf Jahren autoritärer Herr-

schaft der *Partido Nacional* (PNH) hervorgegangen war. Nach der überraschend deutlichen Niederlage bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im November 2025, stellt sich nun die Frage, welche politischen Ergebnisse diese erste dezidiert linke Partei in den vergangenen vier Jahren in der Regierung des Landes erreichen konnte? Und ob diese Zeit eine einmalige Episode bleibt oder den Aufbruch in ein neues Kapitel der Demokratie in Honduras markiert?

Bis zum Amtsantritt von Xiomara Castro hatten sich die rechtskonservative PNH und die nur leicht links davon positionierte *Partido Liberal* (PLH) in relativer Regelmäßigkeit in der Regierung abgewechselt. Seit den 1980er-Jahren geschah dies zwar formal im Rahmen vordergründig demokratischer Verfahren, allerdings waren beide Parteien nur selten an den Forderungen und Vorstellungen der Bevölkerung im mit Abstand ärmsten Land Zentralamerikas interessiert. Streng antikommunistisch ausgerichtet und stets den Interessen der US-amerikanischen Hegemonie entsprechend, entwickelte sich Honduras so zu einem Selbstbedienungsladen für eine kleine nationale Elite sowie zu einem Experimentierfeld neoliberaler Projekte zur »Verschlangung« des Staates.

Gegen diese Entwicklung positionierte sich zunächst Manuel Zelaya, Castros Ehemann, nachdem er 2005 für die PLH zum Präsidenten gewählt worden war. In einer für viele überraschenden Linkswende reihte er sich in die Regierungen des »Sozialismus des 21. Jahrhundert« ein und suchte die offene Konfrontation mit den bestehenden honduranischen Verhältnissen. Der Staatsstreich gegen ihn wurde 2009 zur Initialzündung einer breiten Widerstandsbewegung aus Studierenden, Gewerkschaften, feministischen Gruppen, der indigenen Bewegung und Umweltinitiativen, aus der schließlich 2011 die Partei *Libre* hervorging (Freeman/Perelló 2022; Gordon/Webber 2013).

Während *Libre* als parlamentarischer Arm der weit verzweigten Widerstandsbewegung ihre Wahlergebnisse 2013 und 2017 trotz erheblicher Manipulationsversuche stetig verbessern konnte, führte insbesondere die extrem korrupte Regierungsführung von Juan Orlando Hernandez (PNH, 2014–2022) ab 2013 zu großem Unmut in der Bevölkerung. In progressiven Kreisen ist diese Zeit aufgrund ihrer engen Verbindungen zum organisierten Verbrechen und der Drogenmafia auch als »Narkodiktatur« bekannt. 2021 konnte *Libre* die Präsidentschaftswahlen schließlich erdrutschartig in der ersten Runde gewinnen. Die Erwartungen und Hoffnungen auf einen tiefgreifenden Wandel und Fortschritt waren entsprechend hoch – vielleicht zu hoch. Im Parlament verfügte *Libre* nie über eine eigene Mehrheit, innerhalb der Fraktion zeigten sich bereits im ersten Regierungsjahr deutliche Brüche und in den Ministerien und Behörden traf eine neue Generation junger und motivierter Parteimitglieder auf eine ebenso träge wie korrupte Bürokratie. Die wirtschaftlichen Probleme und die Inflation im Zuge der Corona-Pandemie taten ihr Übriges für einen holprigen Start in ein neues Zeitalter (Sosa et al. 2022: 176–177; Salomón 2022a: 135–136; Salomón 2022b: 9).

In den folgenden vier Jahren versuchte die *Libre*-Regierung, zentrale Wahlversprechen umzusetzen, scheiterte jedoch aufgrund fehlender parlamentarischer Mehrheiten und interner Unstimmigkeiten an vielen ihrer Vorhaben. Auch den anhaltenden Kampf um ein positives Narrativ in der öffentlichen Wahrnehmung vermochte sie nicht zu gewinnen. Präsidentin Xiomara Castro und ihre Partei wurden zum Feindbild der etablierten, von den korrupten Eliten kontrollierten Medien sowie vieler konservativer Honduraner_innen. Gemäß der honduranischen Verfassung durfte die Präsidentin bei den Wahlen 2025 nicht erneut antreten. Die Partei nominierte an ihrer Stelle die ehemalige Finanzministerin Rixi Moncada, die eine Fortführung der Regierungspolitik versprach. Nach einem erbittert geführten Wahlkampf, in den sich nicht zuletzt US-Präsident Donald Trump persönlich einmischte, erlitt *Libre* eine empfindliche Niederlage und wurde nur drittstärkste Kraft hinter PNH und PLH. Nasry Asfura (PNH) ging aus der erneut von Manipulationsvorwürfen überschatteten Präsidentschaftswahl als Sieger hervor (Mann 2025a).

Erfolge und Projekte der Libre-Regierung

Souveränität und Bruch mit den ZEDE

Welche konkreten Ergebnisse lassen sich nach vier Regierungsjahren vorweisen? Eines der wichtigsten Wahlversprechen und eine der ersten politischen Maßnahmen der Regierung von Xiomara Castro war die Abschaffung des Systems der sogenannten *Zonas de Empleo y Desarrollo Económico* (Zonen für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung, ZEDE). Seit ihrer Einführung waren die ZEDE von sozialen Bewegungen aufgrund ihrer Auswirkungen auf die nationale Souveränität und die lokale Bevölkerung kritisiert worden und entwickelten sich zu einem zentralen Mobilisierungsthema gegen die PNH-Regierung. Weit mehr als die meisten der weltweit bestehenden Sonderwirtschaftszonen stellten die ZEDE die nationale Integrität und Souveränität des Staates infrage: als weitgehend autonome Enklaven des libertären Unternehmertums mit vom honduranischen Staat abgekoppelter privater Justiz sowie eigenen Verwaltungs- und Exekutivstrukturen – ohne klare Definition der wirtschaftlichen Aktivitäten oder des Nutzens für die umliegenden Gemeinden oder den Staat als Ganzes. Insbesondere die ZEDE »Próspera« auf der Karibikinsel Roatán entwickelte sich zu einem Investitionsobjekt für ein globales Netzwerk rechter Akteure (García Rodríguez 2018: 10–16; García Rodríguez 2024: 7–8; Mann 2025b: 299).

Ab 2022 begannen die drei Staatsgewalten mit der Rückabwicklung dieses Rechtsrahmens. Der Kongress hob einstimmig das Gesetz über die ZEDE sowie die zugehörigen sekundären Vorschriften auf (s. decreto N.º 32-2022 und decreto N.º 33-2022). Am 21. April 2022 unterzeichnete Präsidentin Xiomara Castro das Dekret Nr. 33-2022 und bekräftigte damit die Unterstützung der Exekutive für die Aufhebung. Anschließend erklärte der Oberste Gerichtshof am 20. September 2024 die gesamte ZEDE-Regelung rückwir-

kend für verfassungswidrig und hob damit die Verfassungsreform von 2012 (decreto N.º 236-2012) sowie das Organgesetz der ZEDE von 2013 (decreto N.º 120-2013) auf, da diese gegen unveränderliche Artikel in Bezug auf Staatsgebiet, Justiz und Wirtschaft verstießen (García Rodríguez 2025). Im Jahr 2023 wurde darüber hinaus die Präsidialkommission zur Verteidigung der Souveränität und des Territoriums gegründet, bestehend aus der Finanzministerin Rixi Moncada, dem Sonderbeauftragten für die Abschaffung der ZEDE, Fernando García Rodríguez, sowie dem Außenminister Enrique Reina, die direkt der Präsidentin der Republik unterstellt waren.

Die Aufhebung löste jedoch einen internationalen Konflikt aus. Honduras sah sich in der Folge mit einer Klage vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) konfrontiert, einer Institution der Weltbank, die von Investor_innen im Zusammenhang mit der ZEDE »Próspera« eingereicht wurde und eine Höhe von über zehn Milliarden US-Dollar umfasste, rund zwei Drittel des Staatshaushalts von 2023 (Observatorio Lawfare 2025, Abs. 2). Dennoch hielt die Regierung an ihrer Entscheidung fest, der territorialen Integrität Vorrang einzuräumen, selbst auf die Gefahr hin, mit milliardenschweren Rechtsstreitigkeiten konfrontiert zu werden. Die ZEDE weigerten sich jedoch mit Verweis auf das laufende Verfahren, ihre Territorien aufzugeben, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten einzustellen oder diese in gesetzeskonforme Bahnen zu lenken. In der Praxis operierten sie bis zum Ende der Amtszeit von Xiomara Castro im rechtsfreien Raum weiter.

Umweltschutz: Fortschritte und Grenzen

Im Februar 2022 erklärte die Regierung Honduras zum Land ohne Tagebau, mit dem Ziel, bestehende Lizenzen zu widerrufen und künftige Genehmigungen zu verbieten, um Umwelt und Wasserressourcen zu schützen (Business & Human Rights Resource Centre 2022). Die Maßnahme zielte darauf ab, den großflächigen Bergbau, vor allem von Metallen wie Gold, Silber und Zink, einzudämmen, der in den vom Tagebau betroffenen Gebieten zu großen Umweltschäden und Konflikten führt. Letztlich konnte die Exekutive bereits bestehende Konzessionen zwar nicht aufheben, wohl aber die Verlängerung jener verhindern, die während der Amtszeit Castros ausliefen. Dies führte zu einer Eindämmung des Bergbaus, jedoch nicht zu einer vollständigen Abkehr von diesem extraktivistischen Wirtschaftsmodell, das weiterhin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in den betroffenen Gebieten führt.

Besonders die Region Bajo Aguán zählt weiterhin zu den konfliktreichsten Gebieten des Landes. Medienberichte und Berichte der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) stellen einen Zusammenhang zwischen Territorialstreitigkeiten, Gewalt gegen Landwirt_innen und Menschenrechtsaktivist_innen sowie der Ausweitung von Unternehmensinteressen in der Region her. In diesem Kontext positionierte sich die *Libre*-Regierung zwar rhetorisch

als Schutzwall gegen das Vordringen transnationaler Rohstoffkonzerne, was ihr Konfrontationen mit Wirtschafts- und Medienkreisen einbrachte, doch die Gewalt gegen Umweltschützer_innen blieb und dauert bis heute an. Trotz der öffentlichen Unterstützung der Regierung blieb ein wirksamer Schutz derjenigen aus, die sich für den Erhalt der Umwelt einsetzen. Nach Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte wurden allein im Jahr 2023 303 Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger_innen und 145 Angriffe auf Journalist_innen registriert (OACNUDH 2024).

Diesem Ausmaß an Gewalt konnte der sogenannte Nationale Schutzmechanismus zum Personenschutz nur begrenzt entgegenwirken. Nach eigenen Angaben wurden im Jahr 2023 83 Prozent seines Budgets für Maßnahmen in lediglich sechs Fällen aufgewendet, während journalistische Recherchen ergaben, dass die Hauptnutznießer_innen dieses Systems staatliche Bedienstete waren. An der prekären Situation von Umweltschützer_innen und Journalist_innen änderte sich hingegen wenig; kaum jemand aus dieser Personengruppe konnte auf staatlichen Schutz vertrauen (Contracorriente 2024).

Die Ermordung des Umweltaktivisten Juan López am 14. September 2024 in Tocoa (Colón) machte die Fragilität dieses Schutzsystems erneut deutlich. López setzte sich für den Nationalpark *Montaña de Botaderos Carlos Escaleras Mejía* ein und engagierte sich gegen die Auswirkungen des Bergbaus auf die Flüsse Guapinol und San Pedro (OACNUDH 2024). Zwischen 2023 und 2024 wurden zudem Aly Domínguez, Jairo Bonilla und Oquelí Domínguez ermordet, die sich ebenfalls für den Schutz des Flusses Guapinol eingesetzt hatten (FIDH 2024).

Arbeitsrechte: Aufhebung der Stundenarbeit

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik setzte *Libre* ein zentrales Wahlversprechen zügig um: Das Gesetz zur sogenannten Stundenarbeit wurde durch das Dekret Nr. 38-2022 aufgehoben, das am 8. April 2022 im Amtsblatt *La Gaceta* veröffentlicht wurde. Die Gewerkschaften des Landes hatten seit dessen Einführung im Jahr 2013 intensiv gegen dieses Gesetz mobilisiert, das insbesondere in der bedeutenden Textilindustrie im Norden des Landes zu einer weiteren Flexibilisierung der Arbeit und zu Einschränkungen der Rechte der Arbeiter_innen geführt hatte. Sogenannte Stundenverträge, die dem Arbeitgeber völlige Kontrolle über Arbeitszeit und damit auch über den Lohn ohne jede Beschäftigungssicherheit ermöglicht hatten, waren damit nicht mehr zulässig (Anner 2024: 39).

Abgesehen von der Umsetzung dieser Kernforderung mussten sich die Gewerkschaften in den vergangenen vier Jahren mit der Erhöhung des Mindestlohns sowie einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Regierung und Arbeitnehmer_innenvertretungen begnügen. Bereits Salomón (2022b: 6–7) stellte fest, dass die Wirtschafts- und Arbeits-

politik der Regierung Castro vielfach eher klassisch mitte-links orientiert war, als der teils deutlich radikaleren sozialistischen Rhetorik zu entsprechen. Gleichwohl sahen viele Gewerkschafter_innen die Republik in der Regierungszeit von *Libre* erstmals als die ihre an (Mann 2025b: 305–307).

Geschlechterpolitik: zwei Schritte vorwärts und drei zurück

Auch im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit ruhten viele Hoffnungen auf der Regierung von Xiomara Castro. Ein wichtiger Meilenstein war die Genehmigung der »Pille danach« (PAE), die am 8. März 2023 durch die Exekutivverordnung Nr. 75-2023 erlassen wurde. Die Maßnahme wurde mit der vorherigen Verabschiedung des Protokolls zur umfassenden Betreuung von Opfern und Überlebenden sexueller Gewalt (2022) abgestimmt, einem Instrument, das eine diskriminierungsfreie Versorgung gewährleisten sollte (GdH 2022; UNAH 2023).

Zwischen 2021 und November 2022 wurden laut Gesundheitsministerium 5.721 Anzeigen wegen Sexualdelikten erstattet, was das Ausmaß des Problems verdeutlicht. Die PAE wurde als Teil einer umfassenden Reaktion auf eine öffentliche Gesundheitskrise eingeführt. Die Maßnahme löste in konservativen Kreisen jedoch heftige Reaktionen aus. Im April 2025 reichten Organisationen wie die *Alianza por la Familia* (Allianz für die Familie) Klage ein, um die Exekutivvereinbarung zur Einführung der PAE für nichtig erklären zu lassen, und legten einem Verwaltungsgericht Gutachten vor, die die Rechtswidrigkeit der Legalisierung belegen sollten (Contracorriente 2025). Darüber hinaus bestanden in der Praxis weiterhin Widerstände innerhalb des Gesundheitssystems: Teile des medizinischen Personals sowie einige Apotheken verweigerten die Ausgabe der Pille; zudem wurde das Protokoll nicht flächendeckend bekannt gemacht und angewendet.

Die Verabschiedung des Gesetzes über Frauenhäuser (decreto N.º 28-2024) zum Schutz von Frauen, die Opfer von Gewalt, Vertreibung oder Menschenhandel geworden sind, stellte einen weiteren wichtigen Fortschritt dar und wurde vom Parlament einstimmig verabschiedet (Swissinfo 2024). Allerdings konnten weder ein Gesetz gegen Gewalt gegen Frauen noch die Ratifizierung der Übereinkommen 189 und 190 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Bezug auf häusliche Arbeit und Gewalt am Arbeitsplatz innerhalb der vierjährigen Amtszeit verabschiedet werden. Organisationen von bezahlten Hausangestellten wiesen darauf hin, dass zwar ein politisches Zeitfenster für entsprechende Fortschritte bestanden habe, dieses jedoch ungenutzt geblieben sei.

Auch in Bezug auf die Sicherheit bleiben die Zahlen alarmierend: Nach Angaben des Zentrums für Frauenrechte (CDM) wurden im Jahr 2023 386 gewaltsame Todesfälle von Frauen registriert – ein Wert, der mit den Höchstständen der Vorjahre vergleichbar ist. Die Reaktion des Staates

umfasste die Verlängerung des Ausnahmezustands und Vorschläge wie den Bau eines Mega-Gefängnisses auf den Islas del Cisne – ein Projekt, das sowohl ökologische als auch finanzielle Fragen aufwarf (criterio.hn 2024). In diesem Bereich steht der transformative Diskurs somit weiterhin einer anhaltenden strukturellen Gewaltkrise gegenüber, die bislang nicht entscheidend überwunden werden konnte.

Steuergerechtigkeit und Investitionen

Einer der wichtigsten Versuche einer strukturellen Transformation während der Regierung von Xiomara Castro war der Vorschlag für ein **Gesetz zur Steuergerechtigkeit**, das als historische Reform eines zutiefst regressiven Steuersystems präsentiert wurde. Es zielte darauf ab, ein strukturelles Problem zu beheben: den Mangel an Ressourcen zur Finanzierung sozialer Sicherungssysteme und zur Gewährleistung grundlegender Rechte in einem von hoher Armut und Ungleichheit geprägten Land (SAR 2023; Latindadd 2024).

Die Diagnose war eindeutig: Nach Angaben der honduranischen Steuerbehörde *Sistema de administracion de rentas* (SAR) konzentrieren sich 92 Prozent der Steuerbefreiungen auf die zehn Prozent der reichsten Unternehmen, während nur acht Prozent den verbleibenden 90 Prozent zugutekommen. Darüber hinaus entgingen dem Staat zwischen Juni 2009 und Dezember 2022 infolge von Steuerbefreiungen Einnahmen in Höhe von 455 Milliarden Lempiras, über 15 Milliarden Euro (Latindadd 2024). Insbesondere in den vorangegangenen zwölf Jahren der PNH-Regierung wurden diese Steuervergünstigungen in einem Umfang gewährt, der selbst am Ende der Regierungszeit von *Libre* noch nicht vollständig aufgearbeitet war.

Der Minister der SAR, Christian Duarte, wies darauf hin, dass das honduranische Steuersystem stark regressiv ist: Während die ärmsten zehn Prozent bis zu 50 Prozent ihres Einkommens an Steuern zahlen, entrichten die reichsten zehn Prozent lediglich 19 Prozent, und die zehn reichsten Familien sogar nur 0,03 Prozent. Dies zeigt, dass das Steuersystem die Einkommensungleichheit in Honduras noch verschärft, anstatt zu einem Ausgleich beizutragen.

Regionale Expert_innen wie Jorge Coronado vom Think-tank *Latindadd* und Miguel Ángel Rodríguez vom Zentrum für Arbeitsstudien aus Kolumbien (*CedeTrabajo*) stimmen darin überein, dass Honduras nicht nur im Verhältnis zu seiner Wirtschaftsleistung geringe Steuereinnahmen erzielt, sondern einkommensstarke Schichten und große Unternehmen auch generell unverhältnismäßig entlastet, indem es indirekte Steuern bevorzugt sowie Steuerhinterziehung, Steuerumgehung und illegale Finanzströme nur unzureichend bekämpft (Latindadd 2024).

Bis zum Ende der Regierungszeit von Xiomara Castro mobilisierten konservative und liberale Kräfte erfolgreich gegen das Gesetz zur Steuergerechtigkeit, sodass es letztlich nicht verabschiedet werden konnte.

Aufgrund der begrenzten Staatseinnahmen war Honduras auch unter der Regierung Castro zu Kompromissen mit Organisationen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gezwungen, um ihre geplanten sozialen Investitionen zu finanzieren. Nach der Krise des Gesundheitssystems, die nicht zuletzt durch den Umgang mit der Corona-Pandemie verschärft worden war, kündigte die Regierung den Bau von acht Krankenhäusern in verschiedenen Regionen des Landes an (Santa Bárbara, Olanchito, Ocotepeque, Roatán, Tegucigalpa und San Pedro Sula), ebenso wie fünf Zentren für Neugeborene und ein Krebszentrum.

Im Bildungsbereich führte die Regierung landesweit die kostenlose Einschulung sowie das Schülerversorgungsprogramm wieder ein. Nach Angaben der Präsidentin profitierten zuletzt mehr als 1,2 Millionen Kinder von kostenlosem Schülerversorgung (Mi Nota 2024).

Während der Amtszeit von Xiomara Castro wurden etwa 850.000 bis 900.000 einkommensschwache Familien durch staatliche Subventionen von der Zahlung der Stromrechnung befreit. Zudem wurden die Stromtarife für Wohnhaushalte und Produktionssektoren gesenkt. Die Regierung erhöhte darüber hinaus die Ausgaben für die Straßen- und Stadtinfrastruktur. Insgesamt wurden rund 2.300 Kilometer Straßen gebaut oder instandgesetzt, davon 1.370 Kilometer Hauptverbindungsstraßen.

Auch in die Stromerzeugung und die Verteilernetze wurde erheblich investiert: Über 450 ländliche Gemeinden erhielten in den vergangenen vier Jahren erstmals Zugang zum Stromnetz. Die Flughäfen in San Pedro Sula, Roatán und La Ceiba wurden renoviert (El Ciudadano 2025; Mi Nota 2024). Der Ausbau der Straßeninfrastruktur erfolgte dabei unter anderem in Kooperation mit der Weltbank, die 187 Millionen US-Dollar bereitstellte, sowie der Zentralamerikanischen Entwicklungsbank (BCIE), die 76 Millionen US-Dollar finanzierte (Weltbank 2024; E&N 2024).

Vor dem Hintergrund der gescheiterten Steuerreform müssen die Senkung der Staatsverschuldung von 52 auf 42 Prozent des BIP, ein jährliches Wirtschaftswachstum zwischen 3,5 Prozent und 4 Prozent, der Verzicht auf neue Steuern sowie gezielte Subventionen für gefährdete Bevölkerungsgruppen als besondere Erfolge der *Libre*-Regierung anerkannt werden (Radio Progreso 2026).

Was am Ende übrig bleibt

Eine Frage des Horizonts?

Um zu verstehen, warum das Projekt von *Libre* an politischer Kraft und schließlich auch an Wähler_innenunterstützung verlor, ist es hilfreich, auf eine in *Nueva Sociedad* veröffentlichte Reflexion zurückzugreifen, die Mariano Schuster (2026) in einem Interview mit Aldo Marchesi und Vania Markarian im Februar 2026 angestellt hat. Darin wird

eine zentrale These formuliert: Die lateinamerikanische Linke sei in einer Gegenwart ohne Horizont gefangen. Die liberale Demokratie werde als einziger möglicher Rahmen des politischen Handelns akzeptiert; die Zukunft erscheine nicht mehr als Raum tiefgreifenden Wandels, sondern als Verwaltung der Gegenwart. In Ländern wie Honduras ergeben sich daraus nahezu zwangsläufig Widersprüche zwischen den politischen Vorstellungen und den realen Handlungsmöglichkeiten, solange das politische System als Ganzes nicht grundlegend infrage gestellt wird.

Die progressiven Kräfte hatten in vielen Fällen über mehr als ein Jahrzehnt hinweg die Möglichkeit, in mehreren Ländern zu regieren; dennoch ist es ihnen nicht gelungen, eine neue transformative Vision zu entwickeln. Spezifische Forderungen wurden zwar aufgegriffen, doch entstand daraus nicht unbedingt ein gemeinsames Projekt, das in der Lage gewesen wäre, breite gesellschaftliche Mehrheiten nachhaltig zu mobilisieren. In vielen Ländern enden in diesem Jahrzehnt längere Phasen progressiver Hegemonie (Schuster 2026).

Honduras steht gleichsam am Anfang und am Ende dieser Phase. Allerdings lagen hier – in einem der traditionell konservativsten Länder der Region – zwischen den beiden Versuchen einer linken Regierung, also zwischen Manuel Zelaya und Xiomara Castro, ein Staatsstreich und zwölf Jahre konservativer Autoritarismus. Dies macht den Fall *Libre* nicht zu einem Einzelfall; vielmehr bettet es die Wahlniederlage von 2025 in eine allgemeine Krise der lateinamerikanischen Linken ein (Schuster 2026).

Nichtsdestotrotz darf die tiefgreifende Enttäuschung über diese Niederlage nicht über die Erfolge der Regierungszeit hinwegtäuschen: Neben den bereits aufgezeigten Fortschritten ist es der Regierung Castro hoch anzurechnen, erstmals in der Geschichte von Honduras den Versuch einer Regierungsführung im demokratischen Sinne unternommen zu haben. Zudem ist ihr zugutezuhalten, dass sich eine Partei ernsthaft um die Umsetzung ihrer Wahlversprechen bemühte, die wiederum das Resultat eines mehrjährigen programmatischen Prozesses waren und zahlreiche Elemente, politische Forderungen sowie Akteure aus der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaftsbewegung einbezogen.

Darüber hinaus ist es ein Verdienst der Regierung Castro, dass viele junge, engagierte und politisch ausgebildete Menschen auf allen Ebenen der Regierungsführung und der Ministerialbürokratie eingebunden wurden, um diesen ambitionierten Versuch einer sozialen und demokratischen Transformation des Landes praktisch umzusetzen.

Dabei sah sich die Regierung von Beginn an erheblichem Widerstand der etablierten Kräfte gegenüber, erlebte angesichts der langsamen und oft unvollständigen Umsetzung zentraler Versprechen jedoch auch große Enttäuschung innerhalb der eigenen Anhängerschaft. Hinzu kamen ideologische Spannungen, die letztlich auch die Breite der Partei und ihrer Anhänger_innenschaft widerspiegeln: Der

selbst deklarierte demokratische Sozialismus wurde von den verschiedenen Fraktionen innerhalb der Bewegung sehr unterschiedlich interpretiert.

Konflikte, etwa um das Konzept einer territorialen, kulturellen und energiepolitischen Souveränität, das nicht nur im Widerspruch zur bestehenden Präsenz US-amerikanischer Militärstützpunkte steht, sondern auch zur langen Geschichte politischer, wirtschaftlicher und kultureller Einflussnahme der Vereinigten Staaten, erschwerten die Durchsetzung progressiver Politik in Honduras zusätzlich.

Die sich abzeichnende »Donroe-Doktrin« der US-Regierung unter Donald Trump, die diesen Einfluss in neuer Offenheit und Härte zelebriert und die honduranische Wirtschaft etwa durch die Aufhebung von Programmen für Arbeitsmigration bedroht, schuf einen schwierigen Kontext für politische Projekte, die sich nicht direkt dem Willen Donald Trumps unterordnen. Die Tatsache, dass Millionen Familien in Honduras direkt von Rücküberweisungen ihrer Angehörigen in den USA abhängig sind, bildet seit jeher einen fruchtbaren Nährboden für diese Einflussnahme. Welche Form von Demokratie, insbesondere welche soziale Demokratie, ist unter diesen Bedingungen überhaupt möglich?

Sicherlich darf sich die Linke, auch in Honduras, nicht allein als Opfer des Vormarsches der Rechten sehen, sondern muss sich fragen, welche Versäumnisse es während ihrer Zeit an der Macht gab. Das Problem lag nicht nur in der politischen Opposition, nicht nur im externen Druck, insbesondere durch die USA, und nicht nur in Destabilisierungsversuchen seitens der etablierten wirtschaftlichen Eliten des Landes; es lag auch in einer Begrenzung der politischen Vorstellungskraft. Wie Mariano Schuster (2026) im Interview betont, ging nicht nur die Revolution als Gesamtprojekt verloren, sondern auch die Fähigkeit, sich eine Zukunft vorzustellen, die sich radikal von der Gegenwart unterscheidet.

Es bleibt eine offene Frage, nicht nur im Fall von Honduras, ob die Projekte linker Regierungen zu radikal für eine konservative Gesellschaft waren, um dauerhafte Wahlerfolge zu erzielen, oder ob sie im Gegenteil nicht radikal genug waren, um die strukturellen Ungleichheiten und konstitutionellen Einschränkungen an ihrer Wurzel anzugehen. In diesem Spannungsfeld zwischen radikaler Rhetorik und pragmatisch-konsensorientierter Umsetzung von Politik verlor auch *Libre* wesentliche Unterstützung in der eigenen Basis, ohne zugleich die konservative Opposition zu mäßigen.

Die einzelnen Erfolge, sichtbar nicht zuletzt in den zahlreichen Infrastrukturprojekten der vergangenen vier Jahre – erwiesen sich offensichtlich als unzureichend, um die Wähler_innenschaft in ähnlichem Maße wie 2021 zu mobilisieren. Möglicherweise waren öffentliche Investitionen allein kein hinreichendes Mittel, um politische Unterstützung in einem Land einzuwerben, in dem es der Großteil der Bevölkerung nicht gewohnt ist, dass sie das Gemeinwesen unmittelbar angeht, wo dem politischen System infolge

historischer Erfahrungen mit großer Skepsis begegnet und Fortschritt stärker als in vielen anderen Gesellschaften über den persönlichen und familiären Kontext definiert wird.

Wie geht es weiter?

Für die Zukunft stellt sich in Honduras die Frage, wie *Libre* die Erkenntnisse aus der eigenen Regierungszeit reflektiert und ob es der Partei in vier Jahren gelingen kann, das etablierte politische System erneut erfolgreich herauszufordern. Notwendig erscheinen hierfür insbesondere:

- die interne Aufarbeitung der Regierungszeit und der Wahlniederlage, die bereits im Gange ist;
- ein konstruktiver Dialog mit der eigenen Parteibasis sowie der erweiterten gesellschaftlichen Basis (feministische Bewegung, Gewerkschaften, Umweltaktivist_innen etc.), die *Libre* von Beginn an getragen haben;
- eine klare Analyse der Möglichkeiten und Grenzen des honduranischen politischen Systems für eine Politik des demokratischen Sozialismus, wie sie *Libre* im Kern anstrebt;
- darauf aufbauend die Entwicklung eines klaren Narrativs und eines klaren Versprechens an die Bevölkerung, wie die Arbeit in der Opposition unter den gegebenen Bedingungen aussehen wird und wie eine neue *Libre*-Regierung handeln würde.

Der zentrale Vorteil von *Libre* gegenüber anderen politischen Projekten in Honduras liegt darin, dass die Partei nicht nur als Wahlvehikel fungiert, sondern Strukturen und Verfahren aufgebaut hat, die es ihr erlauben, auch zwischen den Wahlperioden als Partei handlungsfähig zu bleiben. Diese bieten eine Grundlage für die notwendigen Reflexions- und Erneuerungsprozesse.

Gleichwohl wird *Libre* diesen Weg nur mit der aktiven Unterstützung ihrer Basis und ihrer Verbündeten beschreiten können, unter den Bedingungen einer autoritär ausgerichteten rechtskonservativen Regierung, die bereits jetzt versucht, *Libre* durch fingierte politische Verfahren und die Manipulation der öffentlichen Meinung zu delegitimieren.

Quellen

Anner, Mark (2024): »Worker-Driven Co-Research in Global Supply Chains: Three Studies from Latin America«, in: *New Labor Forum* 33 (1), S. 32–42.

Business & Human Rights Ressource Center (2022): *Honduras: Gobierno declara el país libre de minería a cielo abierto*, <https://www.business-humanrights.org/es/%C3%BAltimas-noticias/honduras-gobierno-declara-el-pa%C3%ADs-libre-de-miner%C3%ADa-a-cielo-abierto-y-determina-la-revisi%C3%B3n-suspensi%C3%B3n-y-cancelaci%C3%B3n-de-las-licencias/>

Contracorriente (2024): *Los VIP del Sistema Nacional de Protección*, <https://contracorriente.red/2024/04/11/los-vip-del-sistema-nacional-de-proteccion/>

Contracorriente (2025): *Grupos conservadores buscan anular decreto que permite uso y venta libre de la PAE en Honduras*, <https://contracorriente.red/2025/04/07/grupos-conservadores-buscan-anular-decreto-que-permite-uso-y-venta-libre-de-la-pae-en-honduras/>

Criterio.hn (2024): *Cárcel en Islas del Cisne: tercera licitación fallida aumenta las dudas sobre su viabilidad*, <https://criterio.hn/carcel-en-islas-del-cisne-tercera-licitacion-fallida-aumenta-las-dudas-sobre-su-viabilidad/>

El Ciudadano (2025): *»La mayor inversión pública en la historia de Honduras«: Destacan logros del Gobierno de la Presidenta Xiomara Castro*, <https://www.elciudadano.com/latinoamerica/la-mayor-inversion-publica-en-la-historia-de-honduras-destacan-logros-del-gobierno-de-la-presidenta-xiomara-castro/11/14/>

Federación Internacional por los Derechos Humanos (FIDH) (2024): *Honduras: Asesinato del defensor ambiental Juan López*, <https://www.fidh.org/es/temas/defensores-de-derechos-humanos/honduras-asesinato-del-defensor-ambiental-juan-lopez>

Freeman, Will / Perelló, Lucas (2022): *»The Long Game: The Opposition Wins in Honduras«*, in: *Journal of Democracy* 33 (2), S. 118–132.

García Rodríguez, Fernando E. (2018): *Ciudades burbuja. Análisis Político-Jurídico de la Legislación de las Zonas de Empleo y Desarrollo Económico (ZEDE) en Honduras*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Tegucigalpa.

García Rodríguez, Fernando E. (2024): *Novo Colonialismo: ¿Son las ZEDE un Modelo de Desarrollo? El Pueblo Hondureño contra las Ciudades Modelo = Cuidades Burbujas*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Tegucigalpa.

García Rodríguez, Fernando E. (2025): *Honduras NO ZEDE. La Lucha de un Pueblo por su Soberanía*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Tegucigalpa.

Gobierno de Honduras (GdH) (2022): *Protocolo de atención integral a personas víctimas/sobrevivientes de violencia sexual*, <https://honduras.bvsalud.org/wp-content/uploads/2024/04/PROTOCOLO-DE-ATENCION-INTEGRAL-A-PERSONAS-VICTIMAS-SOBREVIVIENTES-DE-VIOLENCIA-SEXUAL.pdf>

Gordon, Todd / Webber, Jeffery R. (2013): *»Post-Coup Honduras: Latin America's Corridor of Reaction«*, in: *Hist Mater* 21 (3), S. 16–56.

Mann, Daniel (2025a): *»Triumph der alten Ordnung«*, in: *IPG*, <https://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/triump-der-alten-ordnung-8726/>

Mann, Daniel (2025b): *»Gewerkschaftliche Gegenmacht in Honduras«*, in: Falko Blumenthal und Martin Oppelt (Hrsg.): *Angriffe auf die unternehmerische Autokratie. Beiträge zur Mitbestimmung und Demokratisierung der Arbeit*, Bielefeld: transcript, S. 291–312.

Mi Nota (2024): *Principales logros del gobierno de Xiomara Castro (2022–2024)*, <https://minotahn.com/principales-logros-del-gobierno-de-xiomara-castro-2022-2024/>

Observatorio Lawfare (2025): *Honduras se retira del CIADI: asimetrías y lawfare económico*, <https://www.oblawfare.org/post/honduras-se-retira-del-ciadi-asimetr%C3%ADas-y-lawfare-econ%C3%B3mico>

Oficina del Alto Comisionado de las Naciones Unidas de Derechos Humanos (OACNUDH) (2024): *Honduras: El asesinato del ambientalista Juan López, la criminalización de ambientalistas y el papel de las empresas deben ser investigados: Expertos y expertas de la ONU*, <https://www.ohchr.org/es/press-releases/2024/09/honduras-murder-environmentalist-juan-lopez-criminalisation>

Radio Progreso (2026): *Xiomara Castro cierra gestión: ¿Logros reales o promesas a medio camino?*, <https://www.radioprogreso.hn.net/noticias-nacionales/xiomara-castro-cierra-gestion-logros-reales-o-promesas-a-medio-camino/>

Red Latinoamericana y Caribe por Justicia Económica, Social y Climática (Latindadd) (2024): *Ley de Justicia Tributaria: el futuro de Honduras en juego*, <https://latindadd.org/justicia-fiscal/ley-de-justicia-tributaria-el-futuro-de-honduras-en-juego/>

Revista Estrategia y Negocios (E y N, 2024): *BCIE desembolsa casi US\$76 millones para programa de carreteras en Honduras*. <https://www.revistaeyn.com/finanzas/bcie-desembolsa-casi-us-76-millones-para-programa-de-carreteras-en-honduras-KA22444608>

Salomón, Leticia (2022a): *»Los desafíos de Xiomara Castro en Honduras«*, in: *Nueva Sociedad* 299, S. 134–144.

Salomón, Leticia (2022b): *Xiomara Castro en Honduras. Transición Política y Urgencias Sociales*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Tegucigalpa.

Schuster, Mariano (2026): *»La izquierda atrapada: pasado reciente, ¿futuro ausente? Entrevista por Mariano Schuster«*, in: *Nueva Sociedad*, <https://www.nuso.org/articulo/izquierda-memoria-futuro-transicion-dictaduras-historia/>

Sistema de Administración de Rentas (SAR) (2023): *2023 año de la Justicia Tributaria: Presidenta Xiomara Castro presentó la Ley de Justicia Tributaria al pueblo y ha liderado la batalla contra las 10 familias que se resisten a perder sus privilegios*, <https://www.sar.gob.hn/2023/12/2023-ano-de-la-justicia-tributaria/>

Sosa, Eugenio / Menjívar, Cecilia / Almeida, Paul (2022): *»Elections and Social Movements in Honduras in the Central American Context«*, in: *Revista Mexicana de Política Exterior* 122, S. 163–182.

Swissinfo (2024): *Parlamento de Honduras aprueba ley de casas refugio para mujeres víctimas de violencia*, <https://www.swissinfo.ch/spa/parlamento-de-honduras-aprueba-ley-de-casas-refugio-para-mujeres-v%C3%ADctimas-de-violencia/73469954>

Universidad Autónoma Nacional de Honduras (UNAH) (2023): *PAE se debe utilizar solo en casos de emergencia y no como un método de planificación*, <https://blogs.unah.edu.hn/dircom/pae-se-debe-utilizar-solo-en-casos-de-emergencia-y-no-como-un-metodo-de-planificacion/>

Weltbank (2024): *Banco Mundial y Honduras promueven la conectividad y la resiliencia de la red vial en la región noroccidental del país*, <https://www.bancomundial.org/es/news/press-release/2024/12/16/banco-mundial-honduras-conectividad-resiliencia-red-vial-region-noroccidental>

Zu den Autor:innen

Mónica Torres Rojas ist Soziologin und Feministin sowie Projektkoordinatorin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Honduras. Derzeit absolviert sie den Masterstudiengang „Care-Arbeit und Gender“ mit lateinamerikanischer Perspektive des Lateinamerikanischen Rates für Sozialwissenschaften (CLACSO)

Dr. Daniel Mann ist Geograph mit Schwerpunkt Entwicklungsfor- schung und derzeit Projektleiter der FES in Zentralamerika mit Sitz in San José, Costa Rica. Zuvor arbeitete er für die FES in Nigeria und Ghana.

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Internationale Abteilung/Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 28, 10785 Berlin

Kontakt

Mareike Le Pelley
mareike.lepelley@fes.de

Bildnachweis

S. 1: picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Fernando Vergara

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Mai 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-98628-881-5

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
➔ www.fes.de/publikationen



Referat
Lateinamerika und Karibik